





Jedenblat stützt zwar alles ab was wir von den Standlosen Zuständen auf „Vorussia“ enthalten und stellte eine Auflage gegen die „Verarbeiter-Zeitung“ in Aussicht, aber es kam keine Auflage.

A. Mit Wirkung vom 1. April 1903 wird der § 41 der Bergpolizei-Verordnung vom 12. Dezember 1900 aufgehoben und durch nachstehenden Wortlaut ersetzt: 1. Die Anwendung offener Lichter ist in allen Grubenräumen mit Ausnahme der vollständig ausgemauerten Füllörter von zu Tage gehenden Einziehschächten und bei in unmittelbarer Nähe dieser Füllörter gelegenen vollständig ausgemauerten Maschinenräume verboten.

B. Ausnahmen von diesen Vorschriften bleiben der Beschließung des Oberbergamts vorbehalten. Mit dem unter A bezeichneten Zeitpunkt werden alle zur Zeit geltenden Ausnahmen von der Vorchrift des bisherigen § 41 a. a. O. aufgehoben. C. Zuwohrendenhandlungen gegen diese Bergpolizei-Verordnung werden, sofern nicht nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen eine härtere Strafe verurteilt ist, gemäß § 24 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in der Fassung des Gesetzes vom 24. Juni 1902 mit Geldstrafe bis zu 300 Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Dass die Bergpolizei-Verordnung eine Folge der Kritik der „Verarbeiter-Zeitung“ ist, kann nicht bestritten werden. Wir sehen aber auch hierin wieder, wie man den Vornamen erst zudeckt, wenn das Kind ertrunken ist.

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

Herr Minister Müller, preussischer Minister für Handel und Gewerbe, ist seines Amtes enthoben worden. An seine Stelle tritt Herr Dehnbach, vorher Oberpräsident von Westpreußen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Kohlenbergbau an der linken Rheinseite. Die intensive Bohrtaetigkeit, welche in dem letzten Jahrzehnt im Industriegebiet der Ruhrkohlenbecken mit gutem Erfolge vorgenommen wurde, führte dazu, auch auf der linken Rheinseite in dem Gebiete, das sich zwischen Krefeld und Emmerich ausdehnt, das Erdinnere nach Kohlen zu durchsuchen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Ein glänzender Sieg des „Christlichen“ Holzarbeiter-Verbandes.

Der Streit der freigeordneten Holzarbeiter in Köln hat mit einer vollständigen Niederlage der Streikenden geendet. Sie sind aber nicht dem Unternehmertum unterlegen, sondern die eigenen Berufsgenossen haben den streikenden Holzarbeitern die Niederlage bereitet.

Verband“ organisierte eine vollständige Streikbrecherzentrale! Er sandte Verlautbarungen, Briefe und Zeitungsaufsätze in die Welt zwecks Heranziehung von Streikbrechern! Es gelang ihm, über 300 Streikbrecher zu beschaffen, die die Stellen der Streikenden besetzten! Dadurch wurden die freigeordneten Holzarbeiter gezwungen, ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufzugeben!

Wir empfanden diese Tat als veräuende Schmach für die Gesamtarbeiterschaft. Als 1897 der Bergarbeiter-Verein die Lohnforderung des Bergarbeitergewerkschafts schloss ab, wurde durch einen „Kampf“ droht, hat sich der Verarbeiterverband sofort solidarisch mit dem Gewerkschaften erklärt, abgesehen noch kurz vorher Briefe öffentlich ausgesprochen, er würde „niemals“ mit dem Verbands zusammengehen, also eine „Anerkennung“ versage.

Die Skizze wird der Arbeiterschaft von Köln aufgesetzt durch das nunmehr bekannt werdende Protokoll einer Versammlung des Unternemerverbandes. Es stellt sich heraus, daß der „Christliche Holzarbeiterverband“ hinter dem Rücken der anderen Organisation Verbindungen mit dem Unternehmerverband anknüpfte, die den Zweck hatten, einseitig einen Lohnzins abzuschließen!

Das „Christliche Zentralblatt“ nennt die „katholischen Fachabteilungen“ „Schutztruppen der Unternehmer“, „gelbe Gewerkschaften“. Warum? Weil diese Fachabteilungen in der Sache nichts anderes tun, als was mit dem „glänzenden Erfolg“ die übrigen von dem „Zentralblatt“ beschlagnahmten sozialistischen Gewerkschaften getan haben, nämlich Streikbruch organisieren.

Der Wechsel der Mitgliedschaft ist ein Uebelstand, unter dem alle Arbeiterorganisationen mehr oder weniger zu leiden haben. Ausnahmsweise stark wechselt die Mitgliedschaft im Brauerverband, weil die Brauerbranche sehr wenig stabile Arbeitsstellen haben.

Die Empfehlung einer Streikbrecherorganisation hält ein in Gewerkschaftsfragen „machender“ Herr Monheim im „Meich“ für notwendig. Der würdige Mann, dem alles daran liegt, bekannt zu werden, empfiehlt den evangelischen Buchdruckern den Beitritt zum „Gutenbergbund“ als einer „nationalen Organisation“.

Internationale Mundschau. Wofür die russischen Arbeiter noch kämpfen müssen.

Die verheerende Entstellung der finanziellen Unterstützung russischer Arbeiterkämpfe durch deutsche Arbeiter gibt uns den Anlaß, auch einmal festzustellen, welche „revolutionären“ Forderungen die russischen Arbeiter eigentlich erheben. Die antisemitische Ausgabe des „Bergknappens“ schwindelt ihnen bedauerlicherweise vor, die Kämpfer in Russland seien von „Judenbengeln“ ausgebeutet und angeführte Streiche und Vandalen. Deshalb seien nachstehend die Forderungen veröffentlicht, die von den circa 20000 Industriearbeitern in Baku dem Finanzminister zugelandt sind.

Verbettern, Plägern und der Selbstzerstörung. Warum? Die Arbeiterforderungen lauten:

- 1. Das Recht auf freie Organisation in Verbänden, auf Bildung von Klassen, Eröffnung von Schulen, Bibliotheken, Kassen, Abenden, Vorlesungen über allgemein bildende Gegenstände, das Recht auf Genossenschaft und auf mit den Industriellen gemeinschaftlich zu organisierende Einigungsämter und Arbeitsnachweise.
2. Das Recht auf freie Versammlungen, Beratungen, Streiks und Herausgabe einer Arbeiterzeitung in russischer und internationaler Sprache.
3. Staatliche Verantwortlichkeit für den Fall von Krankheiten, Invalidität und Arbeitslosigkeit.
4. Beteiligung von Arbeitervertretern an der Natur häuslichen Verwaltung in gleicher Weise wie die sonstige Bevölkerung.
5. Beteiligung von Arbeitervertretern an allgemein staatlichen Beschäftigungsinstitutionen gleich der Bevölkerung des ganzen Reichs (allgemeines usw. Wahlrecht).
6. Ausweisung der halbasiatischen Tataren.
7. Das Recht des Waffentragens für die Arbeiter der Werke und Fabriken.

Weitere Forderungen sind mehr lokaler und wirtschaftlicher Natur; so verlangen sie die Zurechtweisung von staatlichen Landereien zwecks Erleichterung von Arbeiterkolonisationen, Entschädigung von Arbeitern für das verbrannte Eigentum, eine Beteiligung am Gewinn der Unternehmungen, Einführung des Achtstundentages und anderes mehr.

Das sind die „revolutionären“ Forderungen! Was jeder volljährige Bürger in Deutschland an Staatsbürgerrechten besitzt, darum müssen die russischen Arbeiter noch erbittert kämpfen. Der besopische Zar verweigert zu bewilligen die seit Jahrzehnten erbobenen Forderungen der geduldeten Untertanen. Arbeiter, Verarmungs- und Wahlrecht wird der russische Arbeiter, die Anerkennung seiner Menschenrechte. Ihm wird gütig nichts gegeben, das ganze Land seufzt unter dem Ammenregiment. Die bedeutendsten Gelehrten und Tichter Russlands stehen zu den Freiheitskämpfern. Turaj die formwährende Unbeachtung seiner dringenden Bedürfnisse wurde das Volk furchbar erbittert, es machte seiner gerechten Empörung Luft in Streiks und Straßendemonstrationen.

Anknappschäftliches.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Anknappschäftvereins zu Bochum vom 10. Oktober. Der Vorsteher Espen in Dorsten, der bescholten sein soll, wurde vorläufig seines Amtes enthoben. Nach der Vorlage der Verhandlungen des Anknappschäftes wurde das neue Krankenheilm-Formular für gut befunden. Als Belegarzt — an Stelle Dr. Tenholtz — wurde Dr. Lindeemann in Gelsenkirchen gewählt und der vorliegende Vertrag mit demselben angenommen: 1000 Mark Gehalt, 2000 Mark Krankheitsentschädigung und 18 Jahre seiner bisherigen Tätigkeit als Anknappschäftarzt zur Pensionkasse angerechnet, die nach 27 Dienstjahren erfolgen kann.





Großbanken entpuppt und werden diese ihn auch schließlich nochmals in den Danksag, schleicht auch noch in den Reichstag...

Am 1. Oktober. Die am 8. Oktober hier selbst stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiterversammlung erregte sich einen guten Besuch... Kamerad Mühe teilte...

Schlüssen. In der letzten Besprechung wurde die Ortsverwaltung neu gewählt. Aus der Wahl gingen folgende Kameraden hervor...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Misdorf. In einer „christlichen“ Bergarbeiterversammlung am 15. Oktober referierte Jmbusch. Bei seiner Einleitung ging Redner sofort zur Partei-Politik über...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Am 15. Oktober referierte Jmbusch. Bei seiner Einleitung ging Redner sofort zur Partei-Politik über; er führte aus, daß auf dem letzten Parteitag sehr „blutdürstige“ Reden gehalten wurden...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Am 15. Oktober referierte Jmbusch. Bei seiner Einleitung ging Redner sofort zur Partei-Politik über; er führte aus, daß auf dem letzten Parteitag sehr „blutdürstige“ Reden gehalten wurden...

Am 1. Oktober. Die am 8. Oktober hier selbst stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiterversammlung erregte sich einen guten Besuch...

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Ein erstes Wort an unsere Kameraden, besonders in Mitteldeutschland!

Das neue Statut ist in Kraft getreten. Soweit Beitragshöhe und Leistung wie innere Festigung in Frage kommen, hat der Bergarbeiterverband einen kläglichen Schritt nach vorwärts getan...

Sehen wir zu, wie die Annahme des Statuts wirkte? Zwar sind wir nicht in der Lage, diese Wirkung in vollen Umfang zu überschauen, doch das Geschehene genügt, um die Nutzenanwendung aus ihr zu ziehen...

Die höheren Beiträge setze eine Steigerung der Rechte ein und mit beiden ist eine kompliziertere Arbeit verbunden. Wer von den Vertrauensleuten früher schon nicht müde war, wie er in den Verwaltungs-geschäften Ordnung halten sollte...

Austrittsarbeit die erste Voraussetzung ist. Es ist kein Zufall, daß wir a. B. im Waidenburger Becken verhältnismäßig die meisten Austritte haben...

Aus der Kassa. Das kgl. Oberbergamt in Halle a. d. S. will durch die Grubenbeamten - Erhebungen über die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Halle veranlassen...

Das unterzeichnete kgl. Oberbergamt hat beschloffen, eine eingehende Statistik über die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter seines Verwaltungsbezirks aufzustellen...

Halle a. d. S. den 15. September 1905.

Das Vorhaben des kgl. Oberbergamts können wir nur begrüßen, begreifen aber, daß es gelingen wird auf diesem Wege ein einigermaßen sicheres Material über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zu bekommen...

Es scheint, als ob die Bergbehörde den Grubenverhältnissen eine schärferе Beobachtung schenke, doch nicht auch daß den Bergarbeitern nicht viel, denn die Verwaltungen verstehen es, die Behörde schlichtens hinter's Hintertür zu führen...

Zeit-Weisenkasser-Brandlohnarbeiter. Wir hatten bisher geglaubt, daß auch für die Brandlohnarbeiter die neue Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905 Geltung habe...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Altwater. Im „Deutschen Kaiser“ tagte am 15. Oktober eine gut besuchte Bergarbeiterversammlung. Kamerad Bergmann u. Waidenburger hielt einen sehr reichhaltigen Vortrag...



